

Anfragen zum Plenum

in der 50. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Klaus Adelt
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Ausbauvorhaben im Rahmen des bayerischen Breitbandausbauprogramms können nach derzeitigem Kenntnisstand (Stand: 1. Dezember 2016) in der Stadt und im Landkreis Hof sowie in den Landkreisen Kronach und Lichtenfels nicht fristgerecht abgeschlossen werden und müssen deshalb „überwintern“ (bitte aufgeschlüsselt nach Landkreisen und Kommunen), um wie viele Monate wird sich der Abschluss der entsprechenden Baumaßnahmen verzögern und aus welchen Gründen verzögert sich dieser?

Hubert Aiwanger
(FREIE WÄHLER)

Nachdem es zum Fall der Wahlmanipulation in Geiselhöring aus 2014 es immer noch keine Eröffnung der Verhandlung gegen die beiden mutmaßlichen Täter und Gehilfen gibt, frage ich die Staatsregierung, ob sie nicht auch der Meinung ist, dass hinsichtlich der drei Jahresfrist der Verjährung von Schadensersatzansprüchen (zivilrechtliche Klage) zügig eine Klärung herbeizuführen ist, um vor Ort Rechtssicherheit herzustellen, bis wann voraussichtlich mit der Anklageerhebung aus derzeitiger Sicht zu rechnen ist und wie viele Staatsanwälte bisher mit den Ermittlungen in diesem Falle betraut waren?

Horst Arnold
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Betäubungsmethoden für die jeweiligen Tierarten sind derzeit in Bayern zugelassen, welche Ausnahmetatbestände sind in diesem Bereich aktuell in den jeweiligen Schlachtbetrieben genehmigt und bei welchen Betäubungsmethoden kommt es häufig zu tierschutzrelevanten Problemen?

Inge Aures
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, hat Herr Gustl Mollath seit seiner Haftentlassung bereits Haftentschädigungen erhalten und wenn ja, bitte ggf. die Höhe dieser Entschädigung angeben?

**Prof. (Univ. Lima) Dr.
Peter Bauer**
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist die Notarztversorgung in Greding (Mittelfranken) und dem dortigen Grenzbereich zu den Regierungsbezirken Oberbayern und der Oberpfalz geregelt, wie sind die Notdienstbereiche in dieser Grenzregion eingeteilt und schätzt die Staatsregierung die Notarztversorgung in dieser Region als ausreichend und lückenlos ein, damit die in der Ausfüh-

rungsverordnung zum Bayerischen Rettungsdienstgesetz geregelte 12-Minuten-Frist ohne Einschränkungen eingehalten werden kann?

Susann Biedefeld
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wann konkret wird die (nicht mehr den gesetzlichen Vorgaben entsprechende) Raumschießanlage bei der Polizeiinspektion Coburg mit wie vielen Mitteln erneuert und wann konkret wird die Problematik, dass im Seminar- und Fortbildungstrakt (wo Polizeibeamtinnen und -beamte u.a. ihr Kampfsporttraining und in absolut beengten Räumlichkeiten ihre theoretischen Seminare absolvieren) für Männer und Frauen getrennte und ausreichende Toiletten, Dusch- und Umkleieräume fehlen, gelöst?

Florian von Brunn
(SPD)

Nachdem die Metzgerei Landfrau aus Emmering, Landkreis Fürstentfeldbruck, am 6. Dezember 2016 drei Wurstsorten wegen einer möglichen Listerienbelastung zurückgerufen hat, frage ich die Staatsregierung, ob der zugrunde liegende positive Listerienfund bei einer amtlichen Kontrolle oder einer Eigenkontrolle festgestellt wurde, wie viele Kontrollen – sowohl amtliche wie Eigenkontrollen – im Jahr 2016 bei der o.g. Metzgerei durchgeführt wurden, und welche Schritte (bitte mit Beschreibung der Maßnahme und Datum) die zuständigen Behörden in diesem Fall unternommen haben, seitdem sie darüber von der Metzgerei bzw. der Hopffisterei informiert wurden?

Kerstin Celina
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit das Bayerische Integrationsgesetz (BayIntG) in der Fassung vom 9. Dezember 2016 in seinem Art. 6 etwas regelt, das nicht bereits in den Art. 10 bis 12 des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG) hinreichend geregelt ist, an welchen Stellen die Staatsregierung die Bestimmungen des BayIntG als Ergänzung des BayKiBiG versteht und welche Probleme es bei der Rechtsauslegung der miteinander konkurrierenden gesetzlichen Bestimmungen geben kann?

Dr. Sepp Dürr
(GRU)

Nachdem das Oberlandesgericht (OLG) München in seinem Urteil vom 27. November 2014 dem Verlag des Herausgebers des Geschichtsmagazins „Zeitungszeugen“ Peter McGee wegen der Beschlagnahme der Ausgabe 2/2009 Entschädigung zugesprochen und das Verfahren über die Höhe der Zahlungen an das Landgericht München I zurückverwiesen hat, frage ich die Staatsregierung, ob das Landgericht inzwischen eine Entscheidung gefällt hat, wenn ja, wie hoch die Entschädigung ist, die der Freistaat Bayern zu leisten hat, wenn nein, wie der aktuelle Stand des Verfahrens ist?

Dr. Hans Jürgen Fahn
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, ist eine Formulierung in einem Ratsbegehren in einer Form möglich, die lautet: „Sind Sie dafür, dass die betreffende Stadt zeitgemäße Wohn- und Lebensbedingungen mit mehr Parkmöglichkeiten und sicheren Schulwegen schafft und sich mit Hochwasserschutz und Entlastungsstraße gegen einen weiteren Verfall und Einwohnerrückgang stellt?“, obwohl hier acht verschiedene Fragestellungen erfasst sind, die

auch acht verschiedene Antworten mit Ja oder Nein zulassen oder müsste nicht ein Ratsbegehren so formuliert sein, dass nur eine Fragestellung erlaubt ist, die eine klare und eindeutige Antwort zulässt (bitte auch die rechtlichen Quellen nennen)?

Günther Felbinger
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, liegen ihr Kenntnisse darüber vor, warum die AOK Bayern die Kosten für den Rehabilitationssport für geistig Behinderte nicht übernimmt, während alle anderen Kassen die Kosten übernehmen, worin liegen mögliche Hinderungsgründe und könnte die AOK aufgrund gesetzlicher Vorgaben gezwungen werden, diese Kosten zu übernehmen?

Markus Ganserer
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, trifft es zu, dass der Realisierungs- und Finanzierungsvertrag mit der Deutschen Bahn AG zur Anbindung des Fürther Bogens mittels Einbau von zusätzlichen Weichen seitens der Staatsregierung erst dann unterzeichnet werden soll, wenn die Bahn vor Gericht unterliegt und der Verschwenk nicht wie geplant gebaut werden kann, bis wann rechnet die Staatsregierung mit einer Gerichtsentscheidung und hat sie damit das Ziel aufgegeben, ab Anfang Januar 2019 einen 20-Minuten-Takt bei der S 1 zwischen Erlangen-Fürth-Nürnberg zu realisieren?

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, aus welchen Einsatzbereichen werden wie viele Beamtinnen und Beamte für die Grenzkontrollen abgezogen (bitte nach den jeweiligen Tätigkeitsbereichen, Polizeipräsidien und Polizeiinspektionen sowie dem Bayerischen Landeskriminalamt, Bayerischen Polizeiverwaltungsamt und Präsidium der Bayerischen Bereitschaftspolizei aufschlüsseln) und wie gedenkt die Staatsregierung die durch den Einsatz bei der Grenzkontrolle entstehenden Personallücken in anderen Bereichen zu kompensieren?

Thomas Gehring
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, gibt es rechtliche Vorgaben, z.B. hinsichtlich erforderlicher Räumlichkeiten oder benötigter Zeitfenster, die den Einsatz von Therapeuten und Therapeutinnen in einer Regelschule mit offenem Ganzttag (OGT) oder gebundenem Ganzttag (GGT) – im Gegensatz zu Förderschulen – nicht zulassen, und wie möchte die Staatsregierung im Rahmen einer gelingenden Inklusion ermöglichen, dass Kinder im Ganztagsunterricht ihre erforderlichen Therapiestunden nicht erst nach der Schule, also spätnachmittags, sondern während der Unterrichtszeit besuchen können?

Ulrike Gote
(GRU)

Anlässlich der durch die Regierung der Oberpfalz angeordneten Abschiebung eines unbegleiteten minderjährigen Flüchtlings aus Albanien am 23. November 2016 aus der Schwandorfer Jugendhilfeeinrichtung „Haus des guten Hirten“ heraus frage ich die Staatsregierung, ob sie die Abschiebung und Ankunft in Albanien, wo der Jugendliche auf sich allein gestellt war, als Verstoß gegen § 58 Abs. 1a des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) sowie gegen die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen wertet, ob die Staatsregierung bereit ist, den unbegleiteten minderjährigen Flüchtling wieder aufzunehmen, und wie sie sicherstellt, dass

die anordnenden Behörden in Zukunft ihrer Verpflichtung nachkommen, für eine angemessene Aufnahme des Jugendlichen im Herkunftsland zu sorgen?

Eva Gottstein
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Anträge auf Fachkraftanerkennung zur Familienpflegerin bzw. zum Familienpfleger liegen dem zuständigen Staatsministerium zur Bearbeitung vor, wo liegen die Gründe für die unbearbeiteten Anträge und wann ist mit der Bearbeitung der vorliegenden Anträge zu rechnen?

Harald Güller
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, mit wie vielen zusätzlichen Überstunden für die Beamtinnen und Beamten der Bayerischen Landespolizei rechnet die Staatsregierung pro Monat infolge des Personalmehraufwands durch die zusätzliche Aufgabe der Grenzkontrollen, mit wie vielen zusätzlichen Überstunden für die Beamtinnen und Beamten der Bayerischen Landespolizei rechnet die Staatsregierung für den Dezember 2016 infolge des Personalmehraufwands durch die zusätzliche Aufgabe der Grenzkontrollen und sollen zugunsten der Grenzkontrollen die Aktivitäten der Landespolizei in anderen Bereichen reduziert werden?

Volkmar Halbleib
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Polizeibeamtinnen und -beamte müssten eingesetzt werden, um die Grenze zwischen Deutschland und Österreich lückenlos rund um die Uhr zu kontrollieren, warum weicht der Staatsminister des Innern, für Bau und Verkehr, Joachim Herrmann von seiner bisherige Position ab, alle Grenzübergänge rund um die Uhr kontrollieren zu wollen und mit welcher zusätzlichen Fahrtzeit für Reisende rechnet die Staatsregierung infolge der ausgeweiteten Grenzkontrollen (bitte für die Grenzübergänge und Richtungen einzeln angeben)?

Ludwig Hartmann
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, in welchen Kommunen Bayerns wurden noch keine Glasfaserkabel verlegt, in welchen Kommunen liegen die Übertragungsgeschwindigkeiten bei maximal 10 Mbit/s und in welchen Gemeinden werden höchstens Übertragungsraten von bis zu 30 Mbit/s erreicht?

Alexandra Hiersemann
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, um welche vom Staatsminister des Innern, Bau und Verkehr, Joachim Herrmann und Staatssekretär Gerhard Eck erwähnten „Missverständnisse“ (Plenum vom 10. November 2016 und 30. November 2016) zwischen Staatsregierung und der bayerischen Wirtschaft handelt es sich in Bezug auf den Vollzug der sogenannten 3+2-Regelung in Zusammenhang mit dem Innenministeriellen Schreiben (IMS) vom 1. September 2016, was ist der Inhalt des Schreibens an die Teilnehmer des Runden Tisches vom 15. November 2016 zwischen Staatsregierung und Vertretern der bayerischen Wirtschaft bzw. wann wird der Inhalt des Schreibens veröffentlicht?

Christine Kamm
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, warum die Zentralen Ausländerbehörden (ZAB) afghanischen Asylbewerberinnen und -bewerber, die sich noch im Asylverfahren befinden, Grenzübertrittsbescheinigungen ausstellen, wobei dieses Vorgehen – auch vereinzelt – ausländer- und aufenthaltsrechtlich nicht erlaubt ist, zu welchem

Zeitpunkt werden die ZAB angewiesen, die Zuständigkeit für afghanische Asylbewerberinnen und -bewerber, die sich noch im Asylverfahren befinden, nicht zu übernehmen und keine Grenzübertrittsbescheinigungen auszustellen und beteiligt sich Bayern an einer der kommenden Sammelabschiebungen nach Afghanistan (bitte Orte und Zeiten der jeweiligen Sammelabschiebungen benennen)?

Natascha Kohnen
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, in wie vielen Fällen wurden Gutachten von Amtstierärzten, die auf tierschutzrelevante Verstöße auf den Schlachtbetrieben hinwiesen, seitens der Kreisverwaltungsbehörden nur unzureichend berücksichtigt und kein Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet bzw. kein Bußgeld verhängt, wie wurde sichergestellt, dass die von der Staatsministerin für Umwelt und Verbraucherschutz, Ulrike Scharf, in der Pressemitteilung 226/16 vom 5. Dezember 2016 eingeräumten gravierenden wiederkehrenden Mängel hinsichtlich der zuständigen Kreisverwaltungsbehörden adäquat geahndet wurden und wie soll durch die Neuorganisation im Bereich der Kontrolle eine Verbesserung im Vollzug erreicht werden?

Dr. Herbert Kränzlein
(SPD)

Nachdem laut einem Artikel der „Süddeutschen Zeitung“ vom 7. Dezember 2016 „Buchenau barrierefrei“ die Deutsche Bahn AG (DB AG) davon ausgeht, dass in Zukunft nur sechs Züge am Bahnhof Buchenau enden bzw. beginnen, in einer Untersuchung der Staatsregierung hingegen, laut Planungen für den dreigleisigen Ausbau der S4 49 Züge am Bahnhof Buchenau enden bzw. beginnen werden, frage ich die Staatsregierung, gelten die für einen Ausbau prognostizierten Zahlen der Zugbewegungen am Bahnhof Buchenau weiterhin, oder hat die DB AG bereits neuere Erkenntnisse bzw. gibt es künftig völlig veränderte Fahrpläne mit deutlich verschlechterter Anbindung von Grafrath bzw. von Geltendorf?

Nikolaus Kraus
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, in welchem Zeitraum (bitte genaue Zeitpunkte und Häufigkeit angeben) fanden Nachkontrollen der Schlachtbetriebe statt, bei denen im Zuge der Schwerpunktkontrollen aus den Jahren 2014 und 2015 schwerwiegende Mängel beim Tierschutz festgestellt wurden, auf welchen Informationen beruhte die Antwort des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz auf eine Anfrage des Bayerischen Rundfunks vom 29. Juli 2016, wonach „die festgestellten Mängel [in den Schlachthöfen] durch bauliche Veränderungen, Schulungen des Personals, technische Anpassungen von Geräteeinstellungen, Wartungen bzw. Neuanschaffung von Geräten und Änderungen in Betriebsabläufen behoben [wurden]“ und welche konkreten Kontrollergebnisse führten zu der Aussage in der Pressemitteilung vom 5. Dezember 2016, wonach in Schlachthöfen „gravierende Mängel im Bereich Tierschutz festgestellt wurden“?

Ulrich Leiner
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, auf welchem Stand sind die Ermittlungsverfahren hinsichtlich des Verdachts der betrügerischen Abrechnung von M III- und M IV-Speziallaborleistungen, die in den

Jahren 2010 und 2013 gegen insgesamt vier Speziallabore und eine Vielzahl von Ärztinnen und Ärzten eingeleitet wurden (Schriftliche Anfragen des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr „Ermittlungen wegen Abrechnungsbetrugs durch Ärzte – Teil I“ unter der Drs. 17/3027 vom 25. Oktober 2014 und „Ermittlungen wegen Abrechnungsbetrugs durch Ärzte – Teil II und Teil III“ unter der Drs. 17/9959 vom 8. April 2016)?

Peter Meyer
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie wird mit den im ihrem 13-Punkte-Programm gelisteten sog. Netzergänzenden Maßnahmen zum Ausbau des Münchner S-Bahnsystems verfahren, die nicht mehr in der Charts-Anlage vom 26. Oktober 2016 aus dem dem Landtag vorgelegten Bericht „Aktueller Sachstand zweite Stammstrecke München“ genannt werden, welche weiteren Schienenverkehrsprojekte, die mit Mitteln aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) kofinanziert werden sollen, sind darüber hinaus noch offen und nicht abschließend finanziert und wie stellt die Staatsregierung insgesamt sicher, dass keine anderen Schienenverkehrsprojekte in Bayern wegen der Finanzierung des zweiten Stammstreckentunnels verschoben oder aufgehoben werden müssen?

Jürgen Mistol
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie bewertet sie die Rodung des Waldgebietes „Sanddickicht“ in der Stadt Roding (Landkreis Cham) mit einer Fläche von 1,6 Hektar angesichts der Tatsache, dass es sich um eine nach § 30 des Bundesnaturschutzgesetzes geschützte Waldfläche handelt und dass keine Baugenehmigung für das geplante Gewerbegebiet vorliegt, und wie will die Staatsregierung zukünftig Rodungen von geschützten Waldflächen, die sich im staatlichen Besitz befinden, verhindern?

Ruth Müller
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele sog. Reichsbürger gibt es nach aktuellem Stand in Bayern (bitte aufgegliedert nach Regierungsbezirken, kreisfreien Städten, Landkreisen und Gemeinden), wie viele hiervon bekleiden dort öffentliche Ämter (politisch bzw. kommunalpolitisch) und wie viele sind dort im öffentlichen Dienst tätig?

Alexander Muthmann
(FREIE WÄHLER)

Nachdem im Entwurf des Doppelhaushalts 2017/2018 in diesen Tagen sowohl für das Jahr 2017 als auch für das Jahr 2018 jeweils 500 zusätzliche Anwärterstellen für den Polizeivollzugsdienst geschaffen werden, frage ich die Staatsregierung, ob geprüft wurde, ob die benötigten zusätzlichen Ausbildungskapazitäten kurzfristig zumindest zum Teil in Freyung unter Inanspruchnahme der dort schon vorhandenen Infrastruktur der Kaserne „Am Goldenen Steig“ geschaffen werden können (bitte auch Ergebnis nennen) und - falls diese Prüfung nicht stattgefunden hat - ob diese Prüfung vor den Investitionsentscheidungen zur Schaffung der zusätzlichen Ausbildungskapazitäten für den Herbst 2017 oder zumindest für das Jahr 2018 überhaupt und gegebenenfalls wann nachgeholt wird?

Thomas Mütze

Bezugnehmend auf die Antwort auf die Anfrage zum Plenum der Abgeordneten Kerstin Celina vom 21. November 2016

(GRU)	(Drs. 17/14451) frage ich die Staatsregierung, wann das Schreiben an die Ausländerbehörden, die die Missverständnisse bezüglich des Innenministeriellen Schreibens vom 1. September 2016 betreffend „Vollzug des Ausländerrechts: Beschäftigung und Berufsausbildung von Asylbewerbern und Geduldeten“ ausräumen sollten, ausgelaufen ist bzw. auslaufen wird und wie der Wortlaut dieses Schreibens ist?
Verena Osgyan (GRU)	Ich frage die Staatsregierung, wie der derzeitige Zeitplan zur Umsetzung des Hochschulstandortes „Auf AEG“ in Nürnberg ist, wie der aktuelle Stand beim Flächenerwerb sich darstellt und welche Alternativpläne es zum Standort „Auf AEG“ gibt?
Kathi Petersen (SPD)	Vor dem Hintergrund der seit 1. September 2016 gültigen Asyl-durchführungsverordnung (DVAsyl), die zu steigender finanzieller Belastung für asylsuchende Menschen in einer Gemeinschafts- oder dezentralen Unterkunft geführt hat, frage ich die Staatsregierung, wie viele asylsuchende Menschen im Regierungsbezirk Unterfranken (Antwort bitte aufgeteilt nach Erstaufnahmeeinrichtung, Gemeinschafts- und dezentralen Einrichtungen) von diesen Erhöhungen betroffen sind, ob es Ermäßigungen für Flüchtlinge gibt, die die Miete selbst bezahlen, und wie viele Widersprüche aktuell gegen die Erhöhungen vorliegen?
Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD)	Ich frage die Staatsregierung, auf welche Höhe belaufen sich die Kosten für den Verwaltungsaufwand der Förderprogramme „Schnelleinsatz-/Mehrzweckzelte“, „Abrollbehälter Besprechung“, „Mehrzweckboote zur Ölwehr“, „Sandsackabfüllanlagen“ und „Flachwasserschubboote“ und aus welchen Gründen wurden die hier zur Verfügung stehenden Mittel nicht über ein einziges, sondern fünf einzelne Förderprogramme verbeschieden?
Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER)	Ich frage die Staatsregierung, wann ist konkret ein Vertragsschluss zwischen der Staatsregierung und den anderen am Bau und der Finanzierung des zweiten S-Bahn-Stammstreckentunnels in München Beteiligten vorgesehen, wann wird die dazu eigentlich zugesagte und auf den neuesten Kostenschätzungen beruhende Nutzen-Kosten-Analyse im Detail veröffentlicht und wie hoch sind die absehbaren finanziellen Risiken für die bayerischen Steuerzahlerinnen und -zahler bei diesem Projekt?
Markus Rinderspacher (SPD)	Ich frage die Staatsregierung, mit welchen Tätigkeiten unterstützen Angehörige der Bayerischen Landespolizei die Bundespolizei bei der Aufgabe der Grenzkontrolle, wie viele Beamtinnen und Beamte werden direkt an den Grenzübergängen eingesetzt und wie viele der für die Grenzkontrolle abgeordneten Beamtinnen und Beamte werden für andere Tätigkeiten wie beispielsweise die Schleierfahndung eingesetzt?
Florian Ritter (SPD)	Bezugnehmend auf die Antwort der Bundesregierung (BT-Drs. 18/10584) auf eine Kleine Anfrage im Deutschen Bundestag (BT-Drs. 18/10167), frage ich die Staatsregierung, wie viele dieser 598 Haftbefehle gegen Rechtsradikale von bayerischen Staatsanwaltschaften ausgestellt sind, in wie vielen Fällen die zugrunde lie-

genden Delikte politisch motiviert sind und in wie vielen der Fälle ein Gewaltdelikt vorliegt?

Franz Schindler
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, trifft es zu, dass in den Jahren 2014 und 2015 und Anfang November 2016 Räumlichkeiten des Dezernats 62 des Bayerischen Landeskriminalamtes (BLKA) wegen des Verdachts, dass Beamte des BLKA an Straftaten der Strafvereitelung im Amt, der Urkundenunterdrückung, der Datenveränderung, der Falschaussage vor Gericht, des Betrugs und des Diebstahls in mittelbarer Täterschaft beteiligt waren, durchsucht worden sind, dass sich unter den Tatverdächtigen auch zwei Führungskräfte des BLKA befinden, und wie oft haben in den vergangenen zehn Jahren Durchsuchungen beim BLKA wegen welcher Tatvorwürfe stattgefunden ?

Katharina Schulze
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie kam die Staatsregierung zu der Einschätzung, dass ein Teilnehmer der Olympischen Sommerspiele 2016, gegen den die bayerischen Sicherheitsbehörden bezüglich „Reichsbürger“-Verdachts ermittelt, am Ende aber kein Verfahren eingeleitet haben, sich glaubhaft und klar von der „Reichsbürger“-Ideologie distanziert hat, wann hatte der Sportler einen so genannten Staatsbürgerschaftsnachweis beim zuständigen Landratsamt beantragt und in wie vielen Fällen haben die Behörden derzeit Verfahren eingeleitet, um Personen wegen ihrer Nähe zur sogenannten Reichsbürgerbewegung die Waffenerlaubnis zu entziehen?

Stefan Schuster
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkrete Vereinbarung zur Unterstützung der Bundespolizei bei der Grenzkontrolle hat der Staatsminister des Innern, für Bau und Verkehr, Joachim Herrmann, mit dem Bundesminister des Innern, Dr. Thomas de Maizière, getroffen und auf welcher Rechtsgrundlage erfolgt der Einsatz der Bayerischen Polizei bei der Grenzkontrolle?

Gisela Sengl
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, auf welchen Wegen kommt Perfluorooctansäure (PFOA) in das Grund- und Trinkwasser, inwieweit beteiligt sich der Chemiepark Burghausen als Verursacher an den Kosten für die aufwändigere Trinkwassergewinnung durch Mischen mit unbelastetem Wasser bzw. an den Kosten der Aktivkohlefilter und ist es richtig, dass Menschen mit einem geschwächten Immunsystem im Einzugsgebiet der belasteten Trinkwasserversorgung weder Leitungswasser trinken noch Leitungswasser zum Zähneputzen verwenden sollen?

Kathrin Sonnenholzner
(SPD)

Nachdem die Staatsregierung im Rahmen des bayerischen Pandemieplans für ca. 20 Prozent der Bevölkerung die antiviralen Mittel Tamiflu® und Relenza® bevorratet hat, frage ich die Staatsregierung, wo lagern diese Bestände, wann werden sie voraussichtlich nicht mehr verwendungsfähig sein und welche Kosten sind bisher für Lagerung, Kontrolle und ggf. Vernichtung entstanden?

Claudia Stamm
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, warum unterscheidet sich die Zahl der in Bayern lebenden, mit HIV infizierten Menschen so eklatant

	von der der anderen Bundesländer, wie kommen die Behörden auf diese Zahl, ist eine HIV-Infektion in den Personaldaten vermerkt, die bei polizeilichen Einsätzen und Verkehrskontrollen in Bayern eine Rolle spielen?
Florian Streibl (FREIE WÄHLER)	Ich frage die Staatsregierung, wie hat sich die Schwarzwildpopulation (Bestand, Abschusszahlen) in den Forstrevieren der Bayerischen Staatsforsten im bayerischen Alpenraum (bezogen auf die einzelnen Reviere in den einzelnen Landkreisen) seit 2014 entwickelt?
Martin Stümpfig (GRU)	Ich frage die Staatsregierung, wann wird die Prognose des Leipziger Instituts für Energie „Aktuelle Zahlen zur Energieversorgung in Bayern Prognose 2014/2015“ offiziell veröffentlicht und auf der Homepage des Staatsministeriums für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie eingestellt und was sind die Gründe für die späte Veröffentlichung im Jahr 2016?
Dr. Paul Wengert (SPD)	Ich frage die Staatsregierung, wie viele Beamtinnen und Beamte der Bayerischen Polizei werden für welchen Zeitraum für die Kontrolle welcher Grenzübergänge zu Österreich eingesetzt?
Johanna Werner-Muggendorfer (SPD)	Ich frage die Staatsregierung, wann wurden erstmals Mängel bei der Betäubung in den Betrieben Weichselgärtner und Augsburger Schlachthof GmbH festgestellt, wie stellen sich die Mängel bei der Betäubung, die zu erheblichem Tierleid führen, dar (Häufigkeit, Art der Mängel etc.) und bei welchen weiteren Schlachtbetrieben wurden seit 2012 tierschutzrelevante Auffälligkeiten bei Kontrollen festgestellt?
Jutta Widmann (FREIE WÄHLER)	Ich frage die Staatsregierung, ist ihr bekannt, dass vonseiten des Landratsamtes Rottal-Inn Gutachten von staatlich anerkannten Experten zu Hochwasserschäden einzelner Betroffener ignoriert werden, dass Betroffene angehalten werden, ihre Häuser auf jeden Fall zu sanieren, obwohl verschiedene Gutachter einen Abriss empfehlen, und was sollen Betroffene unternehmen, wenn vonseiten des Landratsamtes immer neue Gutachten verlangt werden, für die die Betroffenen selbst aufkommen müssen, da ohne eine Bescheid des Landratsamtes keinerlei Vorkasse etc. gewährt wird?
Herbert Woerlein (SPD)	Ich frage die Staatsregierung, welche Bußgelder wurden seit 2012 bei Schlachtbetrieben verhängt (bitte die Verstöße im Bereich Tierschutz angeben), wie wird sichergestellt, dass durch die angekündigte Neuordnung der Kontrollen in diesem Bereich eine Verbesserung der Situation einhergeht, obwohl weiterhin die Kreisverwaltungsbehörden für das Verhängen von Bußgeldern zuständig sind und welche weiteren Konsequenzen ergeben sich aus den Medienberichten der „Süddeutschen Zeitung“ und der Recherche des Bayerischen Rundfunks für die Staatsregierung?
Isabell Zacharias (SPD)	Nachdem ein Vertreter des Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst am 15. November 2016 anlässlich der Veranstaltung „Homosexualität in der Schulfamilie“ die Veränderungen der Richtlinien für die Familien- und Sexualerzie-

hung vorgestellt hat, frage ich die Staatsregierung, ob das zutrifft, wenn ja, ob diese Veränderungen der Richtlinien auch den Landtagsabgeordneten zugänglich gemacht werden und wann damit zu rechnen ist, dass auch die Landtagsabgeordneten erfahren, welche Veränderungen beschlossen wurden?

Benno Zierer
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, bis zu welcher Höhe können bei Verstößen gegen das Tierschutzrecht in Schlachthöfen Bußgelder verhängt werden, aufgrund welcher Verstöße wurden in den Jahren 2014 und 2015 Bußgelder gegen Schlachtbetriebe in Bayern verhängt (bitte auch Höhe der Bußgelder nennen) und aufgrund welcher Verstöße wurde in diesem Zeitraum wegen des Verdachts auf eine Straftat die Staatsanwaltschaft eingeschaltet (bitte auch Anzahl der Vorfälle nennen)?